

außerhalb der Ökonomie dem Privaten zugeordnet werden und im „Energiewende“-Diskurs mit wenigen Ausnahmen nicht vorkommen. Während Energieunternehmen von der Politik als aktive Gestalter der „Energiewende“ adressiert und eingebunden werden, werden Bürger*innen auf Haushaltsebene als passiv konstituiert. Ihre Rolle wird überwiegend in Äquivalenz zu Konsum und Akzeptanz artikuliert, während eher selten auf ihre produktive Rolle für die „Energiewende“ abgezielt wird und wenn, dann stets im Kontext starker Bedeutungskämpfe.

Zum anderen werden geschlechtshierarchische Dichotomisierungsprozesse auch dazu verwendet, bestimmte Diskurspositionen zu delegitimieren: In Kapitel 6.4 wurde entsprechend herausgearbeitet, wie über die Abwertung sozial weiblicher Emotionalität gegenhegemoniale Forderungen delegitimiert werden und transformative Perspektiven (z.B. als ‚irrational‘, ‚hysterisch‘ oder ‚rückständig‘) sozial geächtet werden. Aus feministischer Perspektive zeigt sich daran deutlich, wie sich eine auf die Abwertung sozialer Weiblichkeit ausgerichtete sprachliche Argumentation in sozial männlichen politischen Praktiken materialisiert. Ein auf solche Weise geschlechtshierarchisch strukturierter Diskurs bietet vor dem Hintergrund der zugrunde liegenden Forschungsperspektive keine transformativen Potenziale, auf Grundlage derer sich (vor)sorgende politische Praktiken entfalten können, die transformativ auf eine Vermittlung zwischen produktiv und reproduktiv hinwirken, stattdessen folgt eine Abspaltung des sozial Weiblichen aus dem Öffentlichen ins Private. Die LINKE und in einigen Fällen auch die GRÜNEN bringen mit Artikulationen im Rahmen des Narrativs ‚sozial-ökologischer Umbau‘ zwar alternative Perspektiven ein, diese bleiben aufgrund einer fehlenden politischen Auseinandersetzung sowie der relativ geringen Involvierung der LINKEN aber marginalisiert.

Insgesamt lässt sich vor dem Hintergrund der zugrunde liegenden Forschungsperspektive aus der Dekonstruktion des „Energiewende“ – Diskurses schlussfolgern, dass die „Energiewende“, wie sie im Bundestag konstituiert wird, nicht nur als regenerationsvergessen bezüglich ihrer natürlichen Grundlagen zu bewerten ist, sondern, dass es sich auch um eine neokoloniale, männliche, enhistorisierte und marktökonomische Strukturen stabilisierende „Energiewende“ handelt. Eine bundestagspolitische „Energiewende“, die in dem kritisch-dekonstruktiv sichtbar gemachten Ausmaß, Machtstrukturen und -verhältnisse ignoriert, die aus sozial-ökologischer Perspektive als Ursachen bestehender Krisen zu sehen sind, reproduziert bestehende Ungerechtigkeiten.

7.3 AUSBLICK UND WEITERER FORSCHUNGSBEDARF

Mouffe (2007: 7f.) arbeitet in ihrem Buch „Über das Politische“ heraus, inwiefern gegenwärtig vorherrschende Vorstellungen über Gesellschaftsverhältnisse von Konsens geprägt sind, verbunden mit der Behauptung, grundsätzliche gesellschaftliche Konflikte in einer vermeintlich „freien Welt“ überwinden zu können. Sie spricht von einem „post-politischen Zeitgeist“, den sie für „von Grund auf verfehlt“ hält und als „Ursprung vieler gegenwärtiger Probleme“ demokratischer Institutionen betrachtet (ebenda). So interpretiert sie das Erstarken des ‚Rechtspopulismus‘ im Kontext des Mangels an Identifikationsmöglichkeiten um ‚wirkliche Alternativen‘. Rechtspopulistische Parteien seien in manchen Ländern die einzigen, die den Konsens der ‚Mit-

te‘, bzw. der großen Parteien, herausfordern (Mouffe 2000: 150). Als Ergebnis der vorliegenden Diskursanalyse verorte ich den „Energiewende“-Diskurs im Deutschen Bundestag ebenfalls im Rahmen dieses ‚post-politischen‘ Zeitgeists‘. Vor diesem Hintergrund und in Verbindung mit der Einschätzung von Chantal Mouffe, ließe sich der „Energiewende“-Diskurs auch im Kontext des erstarkenden ‚Rechtspopulismus‘ analysieren. Ergebnisse des Projektes „Energiekonflikte – Akzeptanzkonflikte und Gerechtigkeitsvorstellungen in der Energiewende“, das innerhalb der Forschung für nachhaltige Entwicklungen FONA des BMBF von 2013 bis 2017 durchgeführt wurde, legen eine Verbindung zwischen Gegnerschaft zur „Energiewende“ und ‚Rechtspopulismus‘ nahe:

„Wir haben aufdecken können, dass es strukturelle Affinitäten zwischen dem Rechtspopulismus der AfD einerseits und dem Protest gegen Energiewende-Projekte andererseits gibt (vgl. Eichenauer u.a. 2018): Es geht gegen ein scheinbar ‚alternativloses‘ Projekt von ‚denen da oben‘ (in Berlin), das ja immerhin von einer CDU/FDP-Regierung beschlossen, von CDU/SPD-Regierungen weitergeführt und von den Grünen ohnehin gewollt wird“ (Reusswig u.a. 2017: 58).

Eine bundesweite Erhebung hat ergeben, dass 44% der „Energiewende“-Gegner*innen AfD Wähler*innen seien (Eichenauer u.a. 2018: 639). Die Wissenschaftler*innen des BMBF-Projektes schlussfolgern, dass es gerade nicht inhaltliche Übereinstimmungen in der Energiepolitik sind, die die „Energiewende“-Gegner*innen zu AfD-Wähler*innen werden lassen, sondern, dass es die auch in der vorliegenden Arbeit identifizierten post-politischen Repräsentationen⁴ des Diskurses sind, welche die AfD – wie ihr Name suggeriert – mit alternativen Identifikationsmöglichkeiten herausfordert. Diese sind im Energiebereich geprägt von Polarisierung, Anti-Elitarismus und Anti-Intellektualismus (ebenda: 644ff.). Aus Sicht der Forscher*innen ist dies zum einen besorgniserregend, da der AfD aus der „Kritik an der Energiewende ein zunehmendes Wählerpotenzial erwachsen“ könnte, zum anderen, da die AfD mit ihrem potenziellen politischen Einfluss die „Energiewende“ stoppen oder zurückdrängen könnte (ebenda: 641). Für eine ausführlichere Betrachtung von „Energiewende“ im Kontext von Rechtspopulismus sei auf Radtke u.a. (2019) verwiesen.

Selbstverständlich bilden die sich (auch) in der Energiepolitik manifestierenden post-politischen Tendenzen nur eine von mehreren Erklärungsmöglichkeiten für das Erstarken des Rechtspopulismus. Eine weitere Ursache ist auch darin auszumachen, dass sich eine breite Diskursformation über fast alle Fraktionen im Bundestag hinweg, seit dem Erstarken der AfD und der als ‚Flüchtlingskrise‘ konstituierten Migrationsbewegungen ab 2015, zunehmend rechtspopulistische Artikulationsmuster angeeignet hat und damit insgesamt der Diskurs nach rechts verschoben wurde. Auch hier zeigen sich post-politische Strategien, die auf die Aufhebung, bzw. die Verdeckung von Dissens – in diesem Fall mit den Protestierenden von rechts zielen (vgl. auch

4 Genannt werden hier bspw. die Konstruktion als ‚alternativlos‘, die „Energiewende“ als technokratisches Projekt sowie die Verwissenschaftlichung der „Energiewende“.

Ruhose 2019: 35ff.).⁵ Gleichzeitig gerieten Artikulationen zu „Energiewende“ und „Klimaschutz“ durch die dominante Thematisierung von „Migration“ im Zuge von Bundestags-Debatten in den Hintergrund, wodurch sich der Raum für grüne und linke gegenhegemoniale Artikulationen in diesem Bereich öffnete.⁶ Außerparlamentarisch wird dieser Raum von erneut erstarkenden ökosozialen Bewegungen wie „Fridays for Future“, „Extinction Rebellion“ oder dem Bündnis „Ende Gelände“ besetzt. Welchen Erfolg diese Bewegungen bzw. welchen Einfluss sie auch auf den „Energiewende“-Diskurs im Bundestag entfalten werden, ist noch offen. Aktuell deutet sich aber an, dass die Regierungskoalition erneut versucht durch Zugeständnisse und Aufgreifen ökologischer Artikulationsmuster ein „abspaltendes Einbeziehen“ dieser Bewegungen in die marktwirtschaftliche Formation zu erreichen. Als Beispiel für ein solches Zugeständnis kann zum einen der sogenannte „Kohlekompromiss“ gewertet werden, mit dem die 2019 präsentierten Ergebnisse der von der Bundesregierung im Juni 2018 eingesetzten Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ bezeichnet werden. Diese sogenannte „Kohlekommission“, an der neben politischen Parteien auch Forschungsinstitute, Arbeitgeber*innen- und Industrieverbände, Umweltverbände, NGOs, Kirchen und Gewerkschaften beteiligt waren, empfiehlt, neben umfangreichen Maßnahmen zum Strukturwandel in den Kohleregionen, einen Kohleausstieg bis zum Jahr 2038 (BMWi 2019). Die „Fridays for Future“-Bewegung kritisiert allerdings einen Kohleausstieg 2038 als zu spät und inkompatibel mit dem Pariser Klimaabkommen (www.fridaysforfuture.de – Forderungen).

In Reaktion auf den durch die regelmäßigen Demonstrationen von „Fridays for Future“ erzeugten Druck, erfolgten weitere Zugeständnisse, die im Herbst 2019 in die „Eckpunkte für das Klimaschutzprogramm 2030“, das sogenannte Klimapaket, mündeten (Bundesregierung 2019). Das Paket umfasst Maßnahmen in den Bereichen Bauen und Wohnen, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Industrie, Energiewirtschaft, Abfallwirtschaft, Forschung und Entwicklung sowie eine Bepreisung von CO₂. Zum ersten Mal werden darin vielfältige politische Praktiken in verschiedenen Sektoren vom Kabinett gebündelt auf den Weg gebracht. Das Paket wird von „Fridays for Future“ aber als unzureichend und „politische Bankrotterklärung“ kritisiert (www.fridaysforfuture.de – offener Brief). Auffällig ist zum einen, dass das Schlagwort „Energiewende“ in den Formulierungen im Kontext des Klimapakets keine besondere Rolle mehr spielt, die Klimamaßnahmen in den verschiedenen Sektoren werden also nicht unter der Forderung einer „Energiewende“ subsumiert. Die Forderung „Energiewende“ wird somit weiterhin kaum auf andere Bereiche über den Strombereich hinaus ausgeweitet. Zum anderen zeigt sich deutlich, dass sich Artiku-

-
- 5 Diese diskursive Aneignung rechtspopulistischer Artikulationsmuster hat eine andere Qualität als vorherige diskursive Aneignungen, denn sie macht diskriminierende, menschenverachtende rechte Rhetorik sagbar, womit sich in der hegemonialen Diskursformation nicht nur post-politische, sondern auch explizit antidemokratische Potenziale verfestigen.
 - 6 Diese Tendenzen zeigten sich innerhalb des vorliegenden Untersuchungszeitraumes, in dem die AfD noch nicht im Bundestag vertreten war, im Energiebereich erst in Ansätzen. Ob die deutliche Abnahme der Artikulation von „Energiewende“ von 924 Vorfällen im Jahr 2014 auf 348 bzw. 381 Vorfälle 2015, bzw. 2016 im Kontext dieser Diskursverschiebung zu interpretieren ist, wäre genauer zu untersuchen (vgl. Kapitel 5.1.1).

lationsmuster aus den früheren „Energiewende“-Debatten im Bundestag – zum Teil wortidentisch – wiederholen, z.B.: „Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif“ (www.bundesregierung.de – Klimaschutzprogramm). Die Deutungsmuster der hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation schreiben sich fort und werden auf die „neuen“ Forderungen übertragen. Dies zeigt sich unter anderem in der Begründung der Bundesregierung für das Klimapaket:

„Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist das Klimaschutzprogramm 2030 für Deutschland daher nicht nur sinnvoll, um höhere Schadens- und Anpassungskosten und den drohenden notwendigen Zukauf von Emissionszuweisungen aus dem Ausland bei Zielverfehlung zu vermeiden. Es ist auch deshalb geboten, weil es sowohl durch direkte Förderung von Forschung und Entwicklung als auch durch Marktanreize dazu beiträgt, dass Deutschland seine Stellung als innovativer Leitanbieter und Leitmarkt für klimafreundliche Technologien ausbaut und damit ein positiver Impuls für Wachstum und Wohlstand gesetzt wird. CO₂-neutrale Technologien ‚made in Germany‘ werden einen wichtigen Beitrag für den weltweiten Klimaschutz liefern und Deutschlands Exportkraft als Spitzentechnologieland weiter stärken“ (Bundesregierung 2019: 2).

Ob eine Einbindung von ‚Fridays for Future‘⁷ oder anderer Bewegungen gelingt, in welchem Umfang die hegemoniale Formation sich für Zugeständnisse öffnet, ob dies wie nach „Fukushima“ letztlich zu einem weiteren Erstarken der hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation führt oder ob die sozialen Bewegungen auf der Differenz bestehen und sich somit zwangsläufig weiter politisieren, bleibt im Hinblick auf noch bevorstehende Kämpfe um Hegemonie und Gegen-Hegemonie offen.

Vor dem Hintergrund der derart beschriebenen (möglichen) Weiterentwicklung des „Energiewende“ – Diskurses bieten sich auch Ansatzpunkte für weiterführende Forschung in Bezug auf Transformation im Bereich der Nachhaltigkeitswissenschaften. In der vorliegenden Arbeit wurde deutlich, dass es zur Umsetzung einer vorsorgenden „Energiewende“ der transformativen Nachhaltigkeitswissenschaft bedarf, die an den Widersprüchen und Ausschlüssen der derzeitigen „Energiewende“ ansetzt, die die Notwendigkeit einer „Energiewende“ im Kontext der multiplen Krise betrachtet und „Energiewende“ sozial-ökologisch einbettet. Hier eröffnet sich vielfältiges Forschungspotenzial, bspw. im Hinblick darauf wie eine solche „Energiewende“ in den einzelnen Handlungsfeldern gestaltet werden könnte. Bspw. stellt sich hier die Frage, wie über technokratisch-managementorientierte, auf eine verfahrenspolitische Ebene fokussierte politische Praktiken hinausgegangen werden kann, oder genauer: Wie könnten transformative politische Praktiken gestaltet sein und welche Voraussetzungen brauchen sie? So konstatieren auch Radtke/Czada (2018: 69), dass „[ü]bliche Strategien der Problemvereinfachung – wie sie das einseitig auf Kapazitätserweite-

7 Der Versuch der Regierungskoalition, die Forderungen von ‚Fridays for Future‘ einzubinden und sich deren Artikulationsmuster anzueignen, zeigt sich im Herbst 2019 bildlich, als die CDU mit dem Beschluss des Klimapakets durch das Kabinett ihr Titelbild beim Kurznachrichtendienst ‚twitter‘ ändert, mit dem Hashtag #cduforfuture versieht und dabei den mit den ‚Friday for Future‘ Demonstrationen verbundenen Slogan „Es gibt keinen Planeten B“ verwendet. Gleichzeitig ist am Konrad Adenauer Haus der Slogan „Monday to Friday for Future“ zu lesen (www.twitter.de – CDU).

rung bzw. Zubau ausgerichtete EEG von Anfang an darstellt“ an ihre Grenzen stoßen. Dahingehend ist es eine Aufgabe der Energieforschung eigene Wege zu gehen und sich nicht auf die von den Parteien in bundespolitischen Debatten benannten Problemfelder der „Energiewende“ zu beschränken. So kritisiert auch Neukirch (2018: 2), dass die Schwerpunkte in der Energieforschung teilweise so gesetzt werden, „dass in der Gesamtinterpretation der Ergebnisse durch Politik und Gesellschaft gerade jene Argumente der Etablierten Koalition untermauert werden, welche von dieser zur Verlangsamung der Energiewende eingesetzt werden“. Dies betreffe die Akzeptanzforschung, die Forschung zu Protesten gegen Stromtrassen und Windparks oder die wirtschaftswissenschaftliche Energieforschung, die sich häufig auf die Kosten der Energiewende konzentriere (ebenda). Vor dem Hintergrund der vorliegenden Forschungsperspektive im Hinblick auf die Ergebnisse der Analyse, braucht es also eine Energieforschung, welche nicht innerhalb der Story-Lines und Narrative der hegemonialen marktwirtschaftlichen Formation agiert, bzw. diese zur Grundlage hat oder deren Prämissen als objektiv gegeben voraussetzt. Im Gegenteil, braucht es eine Energieforschung, welche diese herausfordert und alternative Perspektiven eröffnet. Aus einer Geschlechterperspektive stellt sich dabei auch die Frage, wie eine Transformation im Energiebereich so gestaltet werden kann, dass sie mit einer Transformation der Geschlechterverhältnisse einhergeht und nicht beharrend auf diese wirkt.

Im Hinblick auf eine Verbindung von Transformations- und Diskursforschung für die „Energiewende“ zeigt sich weiterer Forschungsbedarf bezüglich der Frage nach dem transformativen Potenzial sozialer Praktiken im Rahmen von „Energiewende“, d.h. der Frage, wie sich der Diskurs um „Energiewende“ im Bereich des Sozialen manifestiert und materialisiert.⁸ Es ist zu erwarten, dass transformative Potenziale sich hier deutlicher zeigen. Forschungen in diesem Bereich könnten einerseits zur weiteren Operationalisierung des materiellen Diskursbegriffs nach Laclau/Mouffe (2015) beitragen und andererseits Ansatzpunkte für transformative Politiken aufzeigen.

In der Verbindung von Transformations- und Diskursforschung liegt darüber hinaus weiterer Forschungsbedarf nicht nur darin, die Folgen erstarkender rechtspopulistischer Diskurse für Klima- und Transformationsdiskurse aufzuzeigen, sondern auch zu erforschen, wie rechtspopulistischen Diskursen in diesem Bereich entgegengewirkt werden kann.

Darüber hinaus wurde in der vorliegenden Arbeit deutlich, dass die Schärfung einer post-, bzw. dekolonialen Perspektive Vorsorgenden Wirtschaftens weiterer Forschungen bedarf. Dies ist notwendig, um globale Machtverhältnisse und rassistische Ausbeutungsstrukturen aufzudecken und nicht zu reproduzieren. In Bezug auf die „Energiewende“ hieße die Anwendung einer dekolonialen Perspektive bspw. danach zu fragen wie dekoloniale politische Praktiken der „Energiewende“ gestaltet sein könnten. In Bezug auf die Energieforschung hieße dies auch zunächst dem Forschungsbereich eigene neokoloniale Muster aufzudecken und zu hinterfragen.

8 Selbstverständlich gibt es bereits zahlreiche Forschungen zu den transformativen Potenzialen der „Energiewende“, jedoch wenige diskurstheoretische Arbeiten und noch weniger Arbeiten, die einen materiellen Diskursbegriff wie den von Laclau/Mouffe (2015) zugrunde legen.

Auch im Bereich der Politischen Ökonomie, insbesondere der Frage nach den Eigentumsverhältnissen bedarf das Vorsorgende Wirtschaften weiterer Spezifizierung. Dies verweist auch auf die Notwendigkeit der Schärfung eines Gerechtigkeitsverständnisses.

7.4 RÜCKBINDUNG AN DIE THEORIE: ANSATZPUNKTE ZUR ÜBERWINDUNG DES POST-POLITISCHEN

Aus der dieser Arbeit zu Grunde liegenden Forschungsperspektive heraus, wäre eine Repolitisierung von „Energiewende“ – und der Debatte über ‚Klimaschutz‘ insgesamt – wünschenswert, um die Ausschlüsse gegenwärtiger politischer Praktiken sichtbar zu machen. Nur so kann eine Debatte über ‚Alternativen‘ jenseits naturalisierter marktwirtschaftlicher Lösungen entstehen, so kann post-politischen Tendenzen entgegengewirkt werden und es können – im Gegensatz zu rechtspopulistisch konstruierten Identitäten – nicht parasitär auf Ausschluss beruhende Identifikationsmöglichkeiten jenseits marktwirtschaftlicher Hegemonie geschaffen werden. Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Mechanismen sozialer Ächtung gegen-hegemonialer Diskursformationen, erweist sich dies sicher als schwierig – zumal im Kontext eines ‚post-politischen Zeitgeists‘ bereits Politisierung an sich als populistisch, da zu radikal, zu different und somit illegitim erscheinen kann. Kenis/Mathijs (2014) kommen in ihrer Diskursstudie zu den Politisierungsbemühungen der NGO Climate Justice Action CJA zu einem solchen Schluss: Es zeige sich, dass sich andere klimapolitisch aktive Menschen gerade wegen der Politisierung des Diskurses durch CJA von der NGO distanzierten. „This brings us to a paradoxical observation. Establishing a cleavage between one's own ideology and existing discourses is a crucial ingredient for repoliticization, but it can lead to minorization or an inability to gather people beyond the strongly convinced and politicized activists“ (ebenda: 155). Ein Problem liege also unter anderem darin, dass gleichzeitig für alternative Gesellschaftsmodelle und gegen Post-Politik gekämpft werden müsse, ohne der Einbindung einer kritischen Masse entgegenzuwirken (vgl. auch ebenda).

Im Umgang mit einer derart identifizierten Problemlage zeigt sich das Potenzial der Verbindung von Diskurs- und Transformationstheorie deutlich: Die Diskurstheorie hilft, post-politische Diskursstrukturen aufzudecken und ihre Ausschlüsse aufzuzeigen. Mithilfe eines Forschungsdesigns, das in der Operationalisierung Diskurs- und Transformationstheorie zusammenführt, können wie in der vorliegenden Arbeit die Wirkweisen (post)politischer Praktiken dekonstruiert werden. Die Transformationstheorie bietet im Kontext der Ausschlüsse gegenwärtiger gesellschaftlicher Machtverhältnisse Anknüpfungspunkte für nicht auf hierarchischen Ausschluss beruhende Identifikationen, wie sie in der vorliegenden Arbeit aus Perspektive des Vorsorgenden Wirtschaftens angedeutet wurden. Die Diskurstheorie wiederum stellt Werkzeuge für diskursive Strategien zur Verfügung, die für einen transformativen Aktivismus genutzt werden können, um erfolgreich eine kritische Masse einzubinden. Derartige theoretische Verknüpfungen können sich nicht nur als hilfreich erweisen, um Lösungen für die sozial-ökologische Krise zu erforschen, sondern auch um